



Europäische Union:

Deutsche Regierung braucht Unterstützung aus Paris

Die neue Bundesregierung in Deutschland fordert eine menschlichere Flüchtlingspolitik, während Frankreich das genaue Gegenteil fordert.

Die neue Bundesinnenministerin Nancy Faeser machte bereits kurz nach ihrer

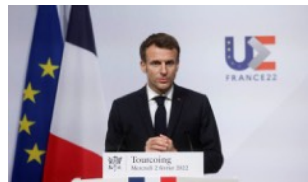


Vereidigung deutlich, dass sie die Flüchtlingspolitik ihres Vorgängers Seehofer nicht fortsetzen wolle. Sie sprach von einem

"neuen Geist" in der Asylpolitik.

Die Bundesregierung wolle das Sterben im Mittelmeer beenden, die legale Einwanderung in die EU stärken, illegale Migration zurückdrängen. Man müsse mit einer "Koalition der aufnahmebereiten Mitgliedsstaaten" vorgehen bei der Übernahme von Flüchtlingen. Faeser suche hier Wege "mit insbesondere den Franzosen", damit andere Staaten "dem guten Beispiel folgen".

Beim informellen Treffen der EU-Justiz- und Innenminister in Lille, ging es aber um eine deutlich härtere Gangart in der Asylpolitik.



Deutschland hält sich in der Migrationspolitik zwar eng an der Seite Frankreichs. Unter französischer EU-Ratspräsidentschaft könnten Sicherheit und der Schutz der EU-Außengrenzen allerdings in den Vordergrund rücken, die Humanität hingegen in den Hintergrund. Macron steckt

mitten im Wahlkampf, da kann er in Frankreich weniger mit humanitären Gesten punkten als vielmehr mit Härte und Kontrolle.

Die Botschaft: Erst wenn die EU Kontrolle hat über die Grenzen, lässt sich wieder unumschränkte Freizügigkeit im Schengen-Raum gewähren. Macron forderte zudem, um in Krisen schneller reagieren zu können, die Einführung eines "Schengen-Rats", analog zur Euro-Gruppe, in dem die beteiligten Minister zusammenkommen. Dafür fand Macron einhellige Zustimmung, der Rat soll am 3. März erstmals tagen.

Es gab am Rande des Treffens in Lille auch deutliche Kritik an den Plänen der deutschen Innenministerin. "Wir brauchen einen stärkeren, einen robusteren Außengrenzschutz", sagte Österreichs Innenminister Gerhard Karner. Er bezeichnete die Staaten, die dafür eintreten, in Abgrenzung zu Faeser als "Koalition der Vernünftigen".

Für Faeser dürfte die Frage entscheidend werden, ob Frankreichs Hunger nach einem neuen, härteren Grenzregime verknüpft wird mit Zusagen zumindest einiger EU-Staaten für eine verbindliche Flüchtlingsaufnahme. Wer dies ablehne, könne sich auch durch Zahlungen solidarisch zeigen, so der deutsche Vorschlag. Frankreich hatte Geldzahlungen anstelle von Flüchtlingsübernahme bisher abgelehnt, soll sich hier aber bewegen.

Deutschland:

Früherer Ditib-Funktionär wegen Volksverhetzung verurteilt

Der frühere Ditib-Chef der deutschen Stadt Göttingen, Mustafa Keskin, ist wegen antisemitischer Onlineposts zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden.

Außerdem soll er wegen seiner Äußerungen eine Geldstrafe zahlen.

Der ehemalige Funktionär des deutsch-türkischen Moscheeverbands hatte zwischen 2015 und 2021 mindestens fünf Nachrichten in sozialen Netzwerken und im Internet verbreitet, die Beleidigungen von Juden und Armeniern sowie Verschwörungsmymen enthielten. Das teilte das Amtsgericht Göttingen mit.

Das Gericht verhängte eine Freiheitsstrafe von zehn Monaten, die auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde. Keskin muss außerdem eine Geldauflage in Höhe von 1.200 Euro in Raten von jeweils 75 Euro an eine gemeinnützige Einrichtung zahlen.

Keskin hatte unter anderem einen Beitrag geteilt, in dem Papst Franziskus und der türkische Rechtsextremist Mehmet Ali Ağca zu sehen sind. Ağca hatte 1981 bei einem Attentat Papst Johannes Paul II. schwer verletzt. Weil Franziskus den Völkermord an den Armeniern als historische Realität anerkenne, müsse er sich nicht wundern, wenn man ihm in den Kopf schieße, hieß es sinngemäß im Text des Beitrags.

Die Nachrichten waren durch eine Recherche des sozialistischen Jugendverbands Die Falken öffentlich geworden. Keskin hatte daraufhin im Februar 2021 sein Amt abgegeben. Als örtlicher Ditib-Vorsitzender in Göttingen hatte er sich für den interreligiösen Dialog eingesetzt und war unter anderem beim Runden Tisch der Abrahamsreligionen in Göttingen engagiert.

Der Moscheeverband Ditib ist seit längerem politisch umstritten. Er gilt vielen Politikern von Bund und Ländern als stark beeinflusst durch die konservative AKP-Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Kritiker fordern seit 2016 eine Loslösung von der türkischen Regierung und der Religionsbehörde Diyanet in Ankara.

Ditib war insbesondere 2016 in die Schlagzeilen geraten, als Imame in Deutschland offenbar im Auftrag der türkischen Regierung ihre Gläubigen bespitzelt hatten.



Schweden:

Der Einfluss des politischen Islam auf Politik und Gesellschaft

Ein vom schwedischen Amt für Zivilschutz und Krisenbewältigung (MSB) veröffentlichter Bericht über eine mögliche Bedrohung der Bürgergesellschaft durch die Organisation der Muslimbrüder ist bei schwedischen Islamforschern auf dezidierte Kritik gestossen. Der Bericht kam zum Schluss, dass diverse muslimische Organisationen in Schweden, die Verbindungen zur islamistischen Bewegung der Muslimbrüder hätten und würden versuchen, eine Parallelgesellschaft aufzubauen.

Die Argumentation basier auf der Beobachtung, dass in Schweden der öffentliche Diskurs zum Verhältnis von Muslimen und Mehrheitsgesellschaft sehr «unscharf» geführt werde. Insbesondere herrsche keine klare begriffliche Abgrenzung von «islamisch», also was sich bloss auf die Religionsausübung als solche beziehe, zu «islamistisch», was politische Ziele muslimischer Gemeinschaften beschreibe.

Die Muslimbruderschaft versuche über vorgeschobene, aber von ihr kontrollierte



Organisationen in Schweden mit einem Gesellschaftssystem Fuss zu fassen, das nicht auf den Prinzipien einer liberalen Gesellschaftsordnung und der strikten Trennung von Kirche und Staat basiere. Für ihre politisch motivierte Arbeit nutze die Muslimbruderschaft geschickt die Schwachstellen und Widersprüche im schwedischen Konzept für die Gestaltung einer multikulturellen Gesellschaft aus. Der Hang der intellektuellen schwedischen Eliten zur politischen Korrektheit mache es dem nach mehr Einfluss trachtenden politischen Islam sehr leicht, allfällige Kritik an seiner illiberalen Substanz als «rassistisch» oder «islamophob» abzutun. Dadurch entstehe das Paradox, dass eine politische Richtung, die selber in krassem Gegensatz stehe zu wichtigen Werten für das schwedische Selbstverständnis wie Toleranz, Meinungs- und Religionsfreiheit, sich des Werkzeugkastens der freien Gesellschaft bediene, um sie zu unterminieren.

Dass der Bericht von den Jungen Muslimen Schwedens (SUM) als «rassistische Verschwörungstheorie» abgetan wurde, passt in das beschriebene Muster der Schlagwort-Diskussion. Und dass dem SUM vom Schwedischen Jugendamt per 2017 wegen «mangelnden Respekts für die demokratische Idee» der staatliche Förderbeitrag aberkannt wurde, sagt ebenfalls etwas aus. Von der gleichen Massnahme war auch die Jugendorganisation der rechtsnationalen Schwedendemokraten betroffen.

Österreich:

Datenschutzbehörde weist Protest der Muslimischen Jugend zurück

Die Veröffentlichung von Standorten und Informationen über islamische Vereine und Moscheen auf der "Islamlandkarte" der Dokumentationsstelle Politischer Islam hat nicht das Recht auf Geheimhaltung oder das Recht auf Information der Muslimischen

Jugend Österreichs (MJÖ) verletzt. Wissenschafts- und Meinungsfreiheit wiegen in diesem Fall schwerer als die Geheimhaltung personenbezogener Daten, heißt es in einem aktuellen Bescheid der Datenschutzbehörde.

Auf der umstrittenen "Islamlandkarte" sind die Standorte der über 600 islamischen Vereine und

Moscheen in Österreich abrufbar und es kann anhand verschiedener Kriterien gezielt nach Einrichtungen gesucht werden. Laut Beschwerde der MJÖ werden dabei auch einige nicht allgemein zugängliche Daten wie Privatanschriften von Vereinsmitgliedern bzw. -funktionären offengelegt. Einige der Beschwerdeführer hätten aber ein besonderes Interesse an der Geheimhaltung, weil sie als muslimische Jugendorganisationen "islamophoben Anfeindungen ausgesetzt" seien, und es bestehe "eine reale Gefährdung in Form physischer Angriffe gegen ihre Einrichtungen".

Die Datenschutzbehörde hat in ihrer Entscheidung nun festgehalten, dass das Grundrecht auf Wissenschafts- und Meinungsfreiheit im Fall der "Islamlandkarte" höher zu gewichten ist als das Recht der MJÖ auf Geheimhaltung ihrer personenbezogenen Daten. Die Karte liefere einen Beitrag zu einer Debatte von allgemeinem Interesse, da Themen rund um den Islam regelmäßig Gegenstand medialer Berichterstattung seien.

